

# SPD demokratischer pressediens

P/XXX/141

29. Juli 1975

Deutschlandpolitik und europäische Entspannung

-----  
Feststellungen zur KSZE-Debatte des Deutschen Bundestages

Von Egon Franke MdB  
Bundeminister für Innerdeutsche Beziehungen

Seite 1 bis 3 / 112 Zeilen

Vier Thesen zur SPD-Rundfunkpolitik

-----  
Ein Beratungspapier für den "Orientierungsrahmen 85"

Von Hermann Heinemann  
Mitglied des SPD-Vorstandes und Vorsitzender der Unterkommission Rundfunkpolitik

Seite 4 und 5 / 63 Zeilen

Eine Gefahr für den Rechtsstaat

-----  
Regierung Baden-Württembergs spielt mit der Freiheit des Bürgers

Von Dr. Alfred Geisel MdL  
Mitglied des Vorstandes der sozialdemokratischen Landtagsfraktion in Baden-Württemberg

Seite 6 und 7 / 39 Zeilen

"Bayern III" - die Servicewelle der CSU

-----  
Auch ein Autofahrermagazin kann Politik enthalten

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB

Seite 8 / 29 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10  
Postfach: 120 408  
Pressesaal 1, Zimmer 217-224  
Telefon: 02 50 37 - 38  
Telefax: 02 50 840 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH  
5300 Bonn - Bad Godesberg  
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376811

Deutschlandpolitik und europäische Entspannung

Feststellungen zur KSZE-Debatte des Deutschen Bundestages

Von Egon Franke MdB

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

In den letzten zwei, drei Jahren haben die Menschen in unserem Lande millionenfach und konkret die Erfahrung gemacht, daß vertraglich vereinbarte Entspannung und Normalisierung auch in Deutschland zu praktischen Verbesserungen und Erleichterungen führen. Vom Standpunkt unserer Deutschlandpolitik ist die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) ein Parallelvorgang, der international politisch stützt und bekräftigt, was die beiden deutschen Staaten untereinander für ihre gegenseitigen Beziehungen vertraglich vereinbart haben.

Thema der Konferenz sind die Sicherheit und die Zusammenarbeit, mit anderen Worten: die Erfordernisse der Entspannung in Europa. In der KSZE-Schlußakte benennen die 35 Teilnehmerstaaten die Grundsätze und die Kriterien, die nach ihrem Willen und nach ihrer Absicht künftig für das friedliche Nebeneinander und Zusammenleben der Staaten und Völker unseres Kontinents bestimmend sein sollen. Die Bedeutung dieses Vorgangs für die Deutschlandpolitik liegt darin, daß die von der KSZE aufgestellten Entspannungskriterien als Minimalwerte für die Erfüllung der Verpflichtungen heranzuziehen sind, welche die beiden deutschen Staaten im Grundlagenvertrag eingegangen sind. Die in der Schlußakte niedergelegten Absichtserklärungen sind so weit gefaßt, daß ihre Realisierung die Berücksichtigung der besonderen deutschen Situation nicht nur ermöglicht, sondern nachgerade erforderlich macht. Andernfalls würde der Sinn dieser Absichtserklärung verfehlt.

Die Vertreter der Opposition haben in der KSZE-Debatte des Bundestages die Bundesregierung aufgefordert, sie solle die Schlußakte von Helsinki nicht unterzeichnen. Diese Empfehlung sowie die dazu vorgetragenen Begründungen ließen allesamt erkennen, daß die Opposition - zumindest ihr tonangebender Teil - noch immer weit davon entfernt ist, die Notwendigkeit unserer 1969 eingeleiteten Ost- und Entspannungspolitik einzusehen. Noch immer weigert sie sich, die Lage unseres Volkes im heutigen Europa so zu

sehen, wie sie wirklich ist.

Zunächst, ob wir es wollen oder nicht: Die Existenz von zwei deutschen Staaten, die wir solange als Teilung Deutschlands bezeichnen und empfinden werden, wie sie sich nicht auf freie Selbstbestimmung berufen kann, die deutsche Teilung also ist eine Gegebenheit des heutigen Europas. Europa selbst ist gespalten und wird in berechenbarer Zukunft in zwei große Machtfelder gespalten bleiben. Die Grenze zwischen diesen Machtbereichen ist in Deutschland identisch mit der Grenze zwischen den beiden deutschen Staaten. Die deutsche Teilung muß darum auch als Ausdruck des politischen und ideologischen Gegensatzes gesehen werden, der Europa durchzieht. Und hinzu kommt: An eben dieser Grenze, hier in Deutschland, stehen sich die beiden Welt- und Führungsmächte mit ihren Interessen direkt gegenüber.

Der Einsatz der Weltmächte verbürgt einerseits, daß der Gegensatz nicht außer Kontrolle gerät. Andererseits bewirkt diese Interessenlage, daß die Situation, in welche die deutsche Frage eingelagert bleibt, nicht nur von unserem nationalen Problem bestimmt wird. Wir haben unserer eigenen Sicherheit und der Sicherheit des Friedens stets Vorrang eingeräumt, und so müssen wir diese Abhängigkeiten ertragen. Die Entscheidung für das Bündnis mit den westlichen Demokratien wird von allen demokratischen Parteien unseres Staates getragen, sie ist absolut unattrittig.

Unattrittig ist ferner die Entscheidung der Bundesrepublik Deutschland für den Gewaltverzicht. Sie war die Bedingung unseres Beitrittes zum Atlantischen Bündnis und letztlich auch für den Deutschlandvertrag mit den drei Siegermächten. Damals haben wir uns feierlich verpflichtet, unsere nationalen Bestrebungen nur mit friedlichen Mitteln zu verfolgen. Auf dem Gewaltverzicht basieren schließlich auch die Ostverträge, die uns zur Teilnahme an der gemeinsamen Entspannungspolitik des Westens gegenüber dem Osten befähigt haben. So gesehen waren die Ostverträge auch ein Stück Bündnispolitik nach Westen - ein Aspekt übrigens, der in Osteuropa keineswegs übersehen wird.

Unsere und unserer Verbündeter Politik zur Milderung der gespannten Konfrontation im Ost-West-Konflikt hat die sachliche Einschätzung der Lage zur Voraussetzung. Die sachliche Einschätzung der deutschen und europäischen Lage verlangt uns die Erkenntnis ab, daß die deutsche Teilung - ebenso wie im Europa des Kalten Krieges - auch im Europa der Entspannungspolitik durch politischen Zwang oder Druck nicht zu lösen ist. Mit dem wichtigen Unterschied allerdings, daß Entspannung, Zusammenarbeit, Entkantung, Kontaktaufbau dem, was Frieden ist, bedeutend näher steht als gespannte Konfrontation, Einigelung, Abkapselung, Abschnürung. Entspannung ist derjenige Zustand des Friedens und der Friedenssicherheit, der heute unter den gegebenen Strukturen in Europa möglich ist. Entspannung rechtfertigt sich darum auch für uns Deutsche aus sich selbst.

Aus der Kritik, die seinerzeit gegen die Ostverträge vorgebracht wurde und die heute am Ergebnis der KSZE geübt wird, ist immer wieder die Ansicht herauszuhören, die deutsche Frage lasse sich in der Konfrontation besser und wirksamer offenhalten als in der Entspannung. Das ist ein Irrtum. Denn bei dieser Konfrontation sind Dimensionen der Macht und der Ver-

nichtungskraft im Spiel, die sie von vornherein zur Aussichts- und Hoffnunglosigkeit verdammen: Konfrontation führt entweder zur vollständigen Bewegunglosigkeit, oder sie stürzt sämtliche Beteiligten in die Katastrophe. Beide Möglichkeiten erledigen die Frage nach der Wirksamkeit, mit der die deutsche Frage offen gehalten wird. Auch unter diesem Gesichtspunkt also gibt es keine Alternative zur Entspannungspolitik.

Nicht minder verfehlt ist die im Hintergrund so mancher Kritik verborgene Auffassung, unsere Aufgabe sei die offensive Handhabung der deutschen Frage, um uns und unsere Freunde und Verbündeten in Westeuropa vor der Gefahr vermehrter sowjetischer Einflußnahme zu retten. Eine solche "Mission" bekäme weder uns, der Bundesrepublik Deutschland, noch der deutschen Frage.

Wir müssen vielmehr unser nationales Problem richtig und dimensionsgerecht in die europäische Szene einfügen. Würden wir mit dem Anspruch auf Vorrang der deutschen Frage die europäische Entspannung aufhalten wollen, so fänden wir damit in beiden Teilen Europas kein Verständnis. Ein solches Einsetzen der deutschen Frage brächte uns mit hoher Wahrscheinlichkeit um den entscheidenden Teil der Handlungsfähigkeit im Dienste unserer nationalen Anliegen, den wir nur in enger Übereinstimmung mit unseren Verbündeten und in realistischer Einschätzung der Interessen unserer osteuropäischen Nachbarn gewinnen bzw. erhalten können. Mit anderen Worten: Unser elementares deutsches Interesse kann nur gewahrt werden, die Politik des Offenhaltens der deutschen Frage und der Sicherung Berlins kann nur erfolgreich sein, wenn wir sie mit den Interessen und Bestrebungen unserer engsten Bündnispartner in Einklang halten. Dieser Einklang ist Voraussetzung, damit wir, die Bundesrepublik Deutschland, effektiv das Unsere leisten können, um die gemeinsamen westeuropäischen Ziele und Interessen, namentlich die unserer gemeinsamen Unabhängigkeit, zu fördern.

Das deutsche Volk braucht den Frieden in Europa. Nur in Frieden, nicht gegen den Willen der Nachbarn, sondern nur im Einvernehmen mit ihnen kann die deutsche Frage gemäß dem Selbstbestimmungsrecht gelöst werden. Wir müssen darum jede Möglichkeit ergreifen, die zur Überbrückung der Gegensätze in Europa und zum friedlichen, gleichberechtigten Zusammenleben seiner Völker Ansätze schafft. Diese Chance bietet die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa. Zugleich bindet sie die vertraglich vereinbarte Normalisierung zwischen den beiden deutschen Staaten moralisch und politisch in den europäischen Zusammenhang.

(-/29.7.1975/bgy/ho)

+ + +

### Vier Thesen zur SPD-Rundfunkpolitik

Ein Beratungspapier für den "Orientierungsrahmen 85"

Von Hermann Heinemann

Mitglied des SPD-Vorstandes und Vorsitzender der Unterkommission Rundfunkpolitik

Die Unterkommission Rundfunkpolitik innerhalb der Medienkommission des SPD-Vorstandes hat sich in mehreren Sitzungen in einer breit angelegten Analyse mit dem gesamten Komplex der Rundfunkpolitik beschäftigt. Ziel dieser Arbeit war, einen rundfunkpolitischen Beitrag zum "Orientierungsrahmen 85" zu leisten. Im Verlauf der Diskussion sind sowohl politische als auch fachliche Aspekte in großer Ausführlichkeit vorgetragen worden. Entsprechend war eine abschließende Klausurtagung in Münsterfeld personell besetzt; und zwar mit vier sozialdemokratischen Intendanten, Angehörigen von Redakteurenausschüssen verschiedener Anstalten und Vorstandmitgliedern der RFFU, deren medienpolitische Vorstellungen sehr ausgeprägt, aber nicht vollinhaltlich Aufnahme in dem Papier gefunden haben.

Übereinstimmung hatte es von vornherein in der Frage der öffentlich-rechtlichen Struktur der Rundfunkanstalten gegeben. Diese Übereinstimmung erstreckt sich auch auf den Bereich des Kabelfernsehens; ein Thema, das auf einer Tagung der Medienkommission in Kassel eine große Rolle spielte, wo auch das Papier der Unterkommission Rundfunkpolitik mit breiter Mehrheit verabschiedet worden ist. Sehr ausführlich diskutiert worden ist über die Benennungsrechte der Gremienmitglieder, die innere Organisation der Rundfunkanstalten, die Mitbestimmungsrechte der dort Beschäftigten, die Frage der Gebühren und über den zulässigen Umfang von Werbung in Fernsehen und Hörfunk. Trotz unterschiedlicher Auffassungen in einzelnen Punkten wurde das in Kassel verabschiedete Papier von allen Beteiligten als fachkundiger, realitätsbezogener Beitrag zum "Orientierungsrahmen 85" empfunden.

Schwerpunkte dieses Papiers sind:

1/ Das Benennungsrecht der Gremienmitglieder. Die föderalistische Struktur unseres Rundfunkwesens mit ihren unterschiedlichen Rundfunkgesetzen und Praktiken hat es der Kommission nicht leicht gemacht, einen einheitlichen Nenner für eine so entscheidende Frage wie die des Benennungsrechts der Gremienmitglieder zu finden. Das jetzt ausgearbeitete Papier kann als

eine Synthese der vorhandenen Strukturen verstanden werden; und zwar im Sinne der Zusammenfügung der verschiedenen Formen und Ideen.

So bleibt zum Beispiel das Benennungsrecht grundsätzlich beim Landtag, doch gibt das Papier so entscheidende Pflichten mit auf den Weg wie die, die gesellschaftlich relevanten Gruppen ausreichend zu berücksichtigen, den Anteil der Parteienvertreter auf ein Sechstel und den der Vertreter aus Regierung und Parlament auf 20 vH zu begrenzen. Zusammengerechnet würden sich daraus keine Parteimehrheiten in den Gremien entwickeln können, so daß den gesellschaftlich relevanten Gruppen das Übergewicht zufiele. Gleichzeitig weist das Papier darauf hin, daß die Sitzungen der Gremien grundsätzlich öffentlich sind.

2/ Mitbestimmungsrechte. Grundsätzlich geht das Papier davon aus, daß den Beschäftigten in den Rundfunkanstalten Mitbestimmungsrechte wie in den vergleichbaren Bereichen des öffentlichen Lebens und der privaten Industrie zustehen. Belegschaftsvertreter müssen also generell mit Sitz und Stimme in den Gremien vertreten sein. Für die Verwaltungsräte, die in ihrer Funktion mit den Aufsichtsräten in der privaten Industrie zu vergleichen sind, müßte diese Beteiligung auf eine paritätische Mitbestimmung angehoben werden. Ferner weist das Papier auf Neuregelungen im Personalvertretungsbereich hin. Trotz Billigung von Fachgruppen gilt als Grundregel die einheitliche Personalvertretung. Für die Mitarbeiter im Programmbereich sollen Redakteurstatute möglich sein, die auf die spezifischen Bedingungen des Programmauftrags zugeschnitten sind.

3/ Ablösung der Intendantenverfassung. Die Intendantenverfassung soll durch eine kollegiale Verfassung ergänzt werden. In einem entsprechend zu bildenden Direktorium müßte ein Vorstandemitglied für Personal- und Sozialfragen seinen Platz haben.

4/ Unabhängige Gebühren-Kommission. Wichtigste Voraussetzung für ein unabhängiges Programm ist die Unabhängigkeit der Anstalten im Bereich der Finanzierung. Das Papier fordert deshalb die Bildung einer unabhängigen Gebührenkommission, die in Verbindung mit den Ministerpräsidenten über die Höhe der Gebühren entscheidet. Als Grundsatz gilt, daß die Frage der Finanzierung der Rundfunkanstalten über die Gebührenfrage zu lösen ist.

(-/29.7.1975/bgy/ee)

Eine Gefahr für den Rechtsstaat

Regierung Baden-Württembergs spielt mit der Freiheit des Bürgers

Von Dr. Alfred Geisel MdL

Mitglied des Vorstandes der sozialdemokratischen Landtagsfraktion  
in Baden-Württemberg

Nachdem die sozial-liberale Bundesregierung in den letzten Jahren nach dem Versagen der CDU/CSU-Regierungen im Rahmen ihrer Zuständigkeiten die Instrumente zu einer wirksamen Verbrechensbekämpfung nachhaltig verbessert hat, und nachdem es in den letzten Monaten erfolgreiche Bemühungen zu einer rechtsstaatlich abgesicherten Intensivierung der Bekämpfung von Terroristen über Ländergrenzen hinweg gegeben hat, zerstört die baden-württembergische CDU-Landesregierung mit ihrem voreilig vorgelegten Entwurf eines Polizeigesetzes und ihrer unseriösen Profilierungssucht die angestrebte Rechtseinheit, bevor diese überhaupt verwirklicht werden kann.

Die von der baden-württembergischen CDU-Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Hans Filbinger vorgesehene Verschärfung des Polizeirechts bei Razzien und Wohnungsdurchsuchungen ist rechtsstaatlich äußerst bedenklich. Der einzelne Polizeibeamte würde dadurch vor Situationen gestellt, denen er angesichts des bisherigen Ausbildungsstandes in der Entscheidungsverantwortung nicht gewachsen ist. Außerdem besteht die Gefahr, daß das Klima zwischen Polizei und Bürger empfindlich gestört wird. Die SPD begrüßt zwar grundsätzlich Maßnahmen, die den Polizeibeamten die Möglichkeit geben, den Terrorismus wirksam zu bekämpfen; dies darf aber nicht in der Weise geschehen, daß dabei gleichzeitig ein ungerechtfertig-

ter Abbau von Rechtsstaatlichkeit vorgenommen wird.

Die von der CDU aus offensichtlich parteitaktischen Gründen beschriebene drakonische Verschärfung der Straftatbestände und die damit Hand in Hand gehende Einschränkung der Freiheitsrechte der Bürger ist schärfstens abzulehnen, weil dadurch die Frage der inneren Sicherheit emotionalisiert und den Terroristen letzten Endes in die Hände gearbeitet wird.

Wenn der baden-württembergische CDU-Innenminister Karl Schieß sich für dieses von der CDU-Landesregierung vorgelegte Polizeigesetz und für das "Offensivkonzept zur Bekämpfung der Terroristen" so überaus stark macht, so ist der Verdacht nicht auszuschließen, daß die Union vom Versagen im eigenen Lande ablenken will: In den vergangenen Jahren ist es der CDU-Landesregierung nicht gelungen, eine mit anderen Ländern auch nur einigermaßen vergleichbare Polizeidichte in Baden-Württemberg zu erreichen. Das Land ist hier immer noch das Schlußlicht.

Bei der Steigerungsrate der Kriminalität lag Baden-Württemberg 1974 mit an der Spitze im gesamten Bundesgebiet. Den Unions-Politikern würde es besser anstehen, durch konkrete Maßnahmen für die Sicherheit der Bürger zu sorgen, als mit zweifelhaften, unausgewogenen und politisch motivierten Gesetzen vom eigenen Versagen ablenken zu wollen.

(-/29.7.1975/ka/no)

+ + +

"Bayern III" - die Servicewelle der CSU

Auch ein Autofahrermagazin kann Politik enthalten

Von Dr. Anke Riedel-Martiny MdB

Politiker können es sich meist nicht leisten, ständig Rundfunk zu hören oder das Fernsehen zu bedienen. Darum sind sie gelegentlich um so verblüffter, wenn sie diese Medien einmal kritisch wahrnehmen.

Wer Gelegenheit hat, das Dritte Programm des Bayerischen Rundfunks auf Autofahrten über einen längeren Zeitraum hinweg zu hören, der begrüßt den Service für Autofahrer, der akzeptiert sogar die Wasserstände der bayerischen Flüsse und den Segelflugwetterbericht, und der findet auch Nachrichten aus Bayern eine angenehme Sache. Schlimmer stößt ihm schon die stündliche Fünf-Minuten-Werbung auf, insbesondere dann, wenn es sich bei dem Hörer um ein weibliches Wesen handelt, das durch diese Werbesprüche in gar schlimmer Weise als Muttchen, Heilmchen und Liebchen herabgewürdigt wird.

Noch schlimmer aber ist die Auswahl der gebotenen Nachrichten. Insbesondere der Pressespiegel aus bayerischen Zeitungen, der morgens vor acht manchen Autofahrer auf dem Weg zu seiner Arbeitsstelle beglückt, bietet eine völlig einseitige Auswahl aus Zeitungsmeldungen. Dieser Pressespiegel ist ein tendenziöses Sammelsurium aus CSU-Propaganda und dem sogenannten "Bunten".

Nun hat die SPD als Opposition keine Möglichkeit, im CSU-monopolregierten Freistaat Bayern Schulen und Straßen einzumähen, Ausstellungen zu eröffnen, Verdienstorden zu verleihen oder Ähnliches. Daß sie aber eine quantité négligeable sei, widerspricht einem demokratischen Verständnis von Opposition. Auch daß es in Bayern nur der CSU nahestehende Zeitungen gäbe, wird niemand behaupten, der diesen Stand schätzt.

Es erhebt sich wirklich die Frage, ob eine so starke Regierungspartei es denn tatsächlich nötig hat, sich der Medien in ihrem Hoheitsbereich in derart einseitiger Weise zu bedienen. In vermeintlich unpolitische Sendungen umso gezielter eine einseitige politische Infiltration einzuschleusen, ist das Verfahren totalitärer Systeme. Es sollte eines sich liberal gebenden Freistaates unwürdig sein. (-/29.7.1975/ka/ha)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Erhardt Eckert